

Junge Menschen lernen gegenwärtig früh, dass die Politik zwar ständig über sie spricht, sich aber nicht für sie interessiert. Hauptsache, die Schulen bleiben geöffnet.

Nichts gelernt? Schule und Pandemie

Julia Klebs

Texte von Schüler:innen über die Pandemie sind spannend und deprimierend zugleich. Viele befürchten, ihre Jugend zu verpassen, und betonen im selben Augenblick, dass das jetzt eben so sei, und man es akzeptieren müsse. Manche kritisieren, dass «sich alles nur um Wirtschaft handelt und nicht, wie es den Schüler / innen geht». Anderen fällt in Bezug auf positive Erlebnisse während der Pandemie lediglich ein, dass es nun einfacher sei, online zu «shoppen». Generell sagen viele Jugendliche, dass sie besonders «sensibel» seien wegen der «Angst», die schon «seit drei Jahren in der Luft herrscht und nicht aufgehoben werden kann». Dass in diesem Aufsatztitel von drei statt von zwei Jahren die Rede ist, ist kein Zufall. Die Pandemie kommt vielen Jugendlichen unendlich lange vor; kein Wunder, die zwei Jahre sind für sie ein grosses Stück ihres bisherigen Lebens.

Spannend sind die alltäglichen, zwischen den Schulstunden stattfindenden Auseinandersetzungen. Junge Menschen handeln und denken in ihrem jeweiligen Umfeld oft schon sehr eigenständig, diskutieren sich über dieselben Themen die Köpfe heiss wie Erwachsene, machen sich Sorgen, das Virus nach Hause zu bringen, oder vertreten mit Verve den sozialdarwinistischen Unsinn, der sie glauben macht, neben einem gesunden Immunsystem keine weiteren Schutzmassnahmen zu benötigen. Im Unterschied zu Erwachsenen können sie sich im Klassenverband aber nicht aus dem Weg gehen und sind genötigt, halbherzige Kompromisse zu finden und Konflikte auszutragen. Zum Beispiel, ob die Jungen die von den Alten geschaffenen Probleme ausbaden müssen; etwa das gestörte, eng mit der Pandemie verknüpfte Natur-Mensch-Verhältnis. Ob sich die Welt in einen dystopischen Ort verwandelt, in dem Jagd auf Ungeimpfte gemacht wird, oder ob einfach «selber schuld ist», wer sich nicht impfen lässt. Ob es einer grossen Reinigungswelle bedarf, die einen Teil der Menschheit hinwegfegt. Oder ob wir nicht einfach alle eine grosse Pause einlegen können. Es sind in Filmen und Social Media verhandelte Diskurse, oft zugespitzt und übertrieben, und mit Vorläufern im politischen Feld: Das Auspielen von Jung gegen Alt, wen erinnert es nicht an die Verfechter:innen einer

kapitalgedeckten Altersvorsorge und eines erhöhten Rentenalters? Oder die Reinigungsmetapher; sie entstammt einem faschistischen Kontext, ist aber offenbar im kulturellen Mainstream angelangt, ohne dass sich jugendliche Sprecher:innen je ernsthaft fragen würden, welche Bevölkerungsgruppen von solchen Wellen im Zweifelsfall eher (nicht) betroffen wären.

Politik für «sozial Benachteiligte»?

Erstaunlich war zur Zeit des Lockdowns und darüber hinaus, wie viele bürgerliche Politiker:innen sich für «sozial benachteiligte» Kinder und Jugendliche stark machten. Natürlich ist es so, dass Kinder und Jugendliche aus subalternen Klassen besonders von Schulschliessungen betroffen waren und sind. Sei es wegen des Bildungsrückstands oder weil viele junge Menschen in ihren engräumigen Kleinfamiliensituationen eingesperrt wurden. Während andere in grosszügiger Umgebung die Freiheiten und Selbständigkeiten schätzten, die ihnen der Fernunterricht gewährte. Natürlich ist es so, dass psychische Belastungen unter Kindern und Jugendlichen massiv zugenommen haben. Schüler:innen, die sich wochenlang nicht in die Schule trauen, stattdessen weinend zu Hause sitzen, und deren Eltern um Therapiemöglichkeiten kämpfen müssen. Kliniken, die aus Kapazitätsgründen (!) nur noch suizidale Jugendliche aufnehmen. Jugendliche, die aus dem Rhythmus geraten sind und nur mit Schwierigkeiten wieder in ein strukturiertes Lernen und einen geregelten Alltag zurückfinden. Ganz zu schweigen von den Zukunftssorgen, die – trotz gebesserter Situation auf dem Lehrstellenmarkt – Schüler:innen wie Eltern umtreibt. Dass die Weisung der um jeden Preis offen zu haltenden Schulen primär mit psychosozialen Problematiken von Schüler:innen begründet wurde, war und ist aber allzu unglaubwürdig. Jede:r weiss, dass auch andere, insbesondere wirtschaftspolitische Motive ausschlaggebend waren, aber nicht ausgesprochen wurden. Eltern, die ihre Kinder im Home Office betreuen, sind keine besonders guten Arbeitskräfte.

Man kam sich für dumm verkauft vor, wie damals, als Masken als unwirksam und Kinder als nicht ansteckend bezeichnet worden waren. Die Sorge von Politiker:innen, deren Bildungspolitik einen Teil der Jugendlichen funktional für den Niedriglohnsektor und die Reservearmee aus Arbeitslosen vorsieht, hat mehr als einen Beigeschmack. Kommt hinzu, dass das Versprechen offener Schulen keinerlei Konkretisierung zur Folge hatte: weder mehr finanzielle Mittel, z. B. für Luftreiniger und CO₂-Messgeräte, noch Konzepte für Hybridunterricht oder besonders gefährdete Kinder und Jugendliche, und auch keine speziellen Vorbereitungen für Ausfälle von Lehrpersonal,

sei es aufgrund von Krankheit oder eigener Kinder, die coronabedingt zu Hause bleiben, zum «Depooling» (Einzel-PCR-Test) oder in Quarantäne müssen. Zusammengefasst: Nicht einmal ein Prüfen oder Andenken von Vorschlägen und Mittelwegen fand statt, die weniger wirtschaftsfreundlich gewesen wären. Stattdessen wurde den Lehrpersonen für ihre «wertvolle Arbeit» an pandemisch unsicheren Orten wortreich gedankt. Ein Vergleich mit dem ungleich mehr beanspruchten Pflegepersonal ist unangemessen, materielle Verbesserungen blieben aber auch an Schulen weitgehend aus. Immerhin setzte sich das repetitive Testen in vielen Kantonen durch.

Schule, aber wie?

M. E. lässt sich nur bedingt argumentieren, dass die von manch Jugendlichen eingeforderte lange Pause, insbesondere unter den zur Zeit gegebenen politischen Kräfteverhältnissen, den Königsweg zur Problemlösung dargestellt hätte. In diversen Beiträgen wurde argumentiert, dass die Aufrechterhaltung der Gesellschaft im Fall einer Pandemie auch ohne Zwang zur Kapitalakkumulation minimale produktive und reproduktive Tätigkeiten erfordern würde; etwa in der Nahrungsmittelproduktion und -distribution, der Landwirtschaft, der medizinischen Versorgung und Forschung sowie in der (unbezahlten) Carearbeit, die sich im Lockdown noch intensiviert. Insofern lassen sich geöffnete Schulen im Sinne eines Mindestmasses an Bildung und Reproduktion auch von links rechtfertigen, auch wenn die vielen Stimmen ignoriert wurden und werden, die Hybridunterricht und besseren Gesundheitsschutz fordern. Lehrpersonen war und ist klar, dass überarbeiteten Müttern (und Vätern) kein weiteres Mal die Beschulung ihrer Kinder zugemutet werden kann, und ganz generell niemandem eine digitale Vereinzelnung und Individualisierung von Bildung. Dennoch darf nicht unter den Tisch fallen, dass Schulen seit Beginn der Pandemie schlecht geschützte Orte sind, wo Infektionen und Impfdurchbrüche nicht erst seit Omikron stattfinden. Und wo (guter) Unterricht mit beträchtlicher Mehrarbeit verbunden ist: Halbe Klassen sind krank oder in Quarantäne, und Schüler:innen nutzen die instabile Situation für vermehrte Fehlzeiten. Ihnen soll der Stoff trotz lückenhafter Präsenz beigebracht oder mit erhöhtem Gesprächs- und Betreuungsangebot begegnet werden. Bei Jugendlichen mit Angstproblematiken ist intensiver Austausch mit den Eltern und involvierten Fachpersonen nötig, der allen Beteiligten hilft, aber auch Zeit kostet. Im Fall von Lehrpersonen in Quarantäne sind Kolleg:innen zu vertreten, wobei jede:r in Erinnerung an die eigene Schulzeit wissen dürfte, wie attraktiv Stellvertretungen i. d. R. sind. Kann sein, dass Omikron tatsächlich den Weg aus der

Pandemie weist, kann aber auch nicht sein; dann hat, sofern sich nichts ändert, Gesundheitsschutz an Schulen weiterhin wenig Priorität.

Auf diese realen Missstände zu reagieren, darf auf keinen Fall den Massnahmenprotestler:innen überlassen werden. Sie propagierten unter anderem, dass sich die Gesellschaft mit Masken und geschlossenen Schulen an Kindern und Jugendlichen «vergehe» und bliesen das (lieber verweigerte) Mittragen von kollektiven Schutzmassnahmen zur persönlichen Gewissensfrage auf.

Impulse für linke Bildungspolitik

Linke Bildungspolitik findet seit Langem untergeordnet statt, ist in der Pandemie aber dringend nötig und nimmt – in gewerkschaftlichen Bildungsgruppen oder der Denknetzgruppe Bildung – Verhalten an Fahrt auf. Die Pandemie hat nicht nur soziale Widersprüche stärker hervorgehoben, sondern auch, wie diese an Schulen wirken und welchen Schaden der immense Leistungs- und Selektionsdruck anrichtet. Die Dramen bei Semesterende und Zeugnisausgabe sind im dreigliedrigen Schulsystem (vieler Kantone, z. B. Basel-Stadt), in dem jedes Semester eine Versetzung in die tiefere Stufe droht, ohnehin gross. Noch grösser sind sie, wenn sich Schüler:innen im pandemischen Chaos ihren Bildungsweg bahnen müssen. «Bildungs- und Chancengerechtigkeit» waren schon vor Corona neoliberal kooptierte Begriffe, die nahelegen, dass jede:r die Chance auf sozialen Aufstieg haben soll – und selber schuld ist, wenn er:sie das Glück nicht zu schmieden weiss. Es sollten neue Konzepte erarbeitet und Kämpfe geführt werden, die diese und andere ideologische Illusionen entlarven. Schliesslich wäre zu prüfen, ob in der Pandemie nicht auch Erkenntnisse und Freiräume entstanden sind, die sich weiter entwickeln lassen. So können z. B. kleinere Klassengrössen und mehr Aktivitäten an der freien Luft nicht nur bei erhöhter Infektionsgefahr gute Ansätze für bessere Lernverhältnisse sein. Mit Noten und Selektionsmechanismen wurde in der Pandemie mancherorts grosszügig umgegangen. Ergeben sich daraus Ideen, wie gute Leistungen auch ohne drohende Selektionskulisse erreichbar wären?

Nicht zuletzt zeigt die Pandemie auch, dass die überwiegende Mehrzahl der Schüler:innen trotz allem lernen und die Welt verstehen will. Zunehmend fangen auch jüngere Schüler:innen an, grosse Fragen zu stellen und sich für Politik zu interessieren. Vielleicht wird linke Bildungspolitik auch von ihnen Impulse erhalten. Und vielleicht werden sich junge Menschen angesichts der grossen Themen und Ängste, mit denen sie früh konfrontiert sind, nicht mit kleinen Schritten

zufriedengeben, oder zumindest etwas genauer hinsehen, wenn ihnen als ihr eigenes Wohl verkauft wird, was letztlich im Interesse des Kapitals steht. Ein Anfang könnte der Vorschlag einiger Schüler:innen sein, nach der Pandemie doch noch eine grössere Pause zu fordern und zwei Wochen über das Lernen und Leben nachzudenken, inklusive einer Rede von und für Schüler:innen, insbesondere jene, die in der Pandemie zu viele «dunkle Gedanken» entwickelten oder jemanden verloren haben.